543

Wiener Stadtrats-Korrespondenz. I. Neues Rathaus. [illegible] 34/35. Herausg. u. verantw. Red.: R. [illegible]. 30. Jahrg. Wien, Donnerstag, 15. Dez. 1910.

Dr. Karl Lueger Denkmal. Für den Dr. Karl Lueger-Denkmalfond haben gespendet: Anglo-österreichische Bank 2000 K, Witkowitzer Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft 2000 K, J. Mayer 2000 K, Bezirksvorsteher Kais. Rat Weidinger (Sammlung) 2200 K, Unionbank 1000 K, Wilhelm Beck 1000 K, Baron Royer 2000 K, Stadtgemeinde Mödling 1000 K, Direktion der österr. Zentral-Bodenkreditbank 1000 K, [illegible] 50 K, [illegible] 50 K, Franz [illegible] 60 K, Franz [illegible] 65 K, [illegible] 50 K, [illegible] 20 K, Etablissement f. [illegible] 50 K, Dr. Magerer 300 K, Franz [illegible] 280 K, [illegible] 20 K, [illegible] 150 K, [illegible] 91 K, [illegible] 20 K, Johann Schmid ([illegible]) 46.60 K, Alfred Schmid (St. Pölten) 15 K, [illegible] (Sammlung) 50 K, Josef Schindler 50 K, Samuel [illegible] 14 K, Rudolf [illegible] 50 K, Heinrich [illegible] 24 K, Ludwig Picardi 13 K, Wenzel [illegible] 10 K, [illegible] Maximilian 50 K, [illegible] 25 K, [illegible] 150 K, Adrian [illegible] 20 K, [illegible] 50 K, [illegible] 20 K, Wenzel [illegible] 50 K, Karl [illegible] 20 K, [illegible] 58 K, [illegible] 100 K, [illegible] 100 K, [illegible] 200 K, [illegible] (Sammlungen) 41 K, Ludwig Picardi 20 K, [illegible] (Sammlungen) 39 K, [illegible] 100 K, [illegible] (Sammlungen) 173 K, [illegible] Adolf [illegible] 200 K, [illegible] je 500 K, [illegible] (Sammlungsergebnis) 790 K, N. R. [illegible] (Sammlungsergebnis) 770 K, [illegible] (Sammlungsergebnis) 405 K, [illegible] 300 K, N. R. [illegible] (Sammlungsergebnis) 270 K, [illegible] 250.40 K (Sammlungsergebnis), [illegible] M. [illegible], [illegible] (Sammlungsergebnis), [illegible] je 200 K, [illegible] (Sammlungsergebnis) 330 K, [illegible] 250 K, [illegible] (Sammlungsergebnis) 267 K, [illegible] X. Bez. [illegible] 300 K, Karl Rößler, Franz [illegible], [illegible], Reg. Rat [illegible], Franz [illegible], Adolf [illegible], [illegible], [illegible] Zimmermaler, [illegible] Herstellung eines Dr. Karl Lueger-Bildes, [illegible], [illegible] je 100 K, [illegible] 400 K, [illegible] 160.60 K, [illegible] Schmidt (Sammlungsergebnis) 147 K, [illegible] (Sammlungsergebnis) 120 K, [illegible], Univ. Prof. Dr. [illegible], [illegible] sen., [illegible] „Nordgau", Karl [illegible] 8. Bez., [illegible], [illegible] (Sammlung), Verein der städt. [illegible], Josef Bück, [illegible] des kath. Jünglingsvereines, [illegible], [illegible] je 50 K, [illegible], Verein der Beamtinnen der städt. Straßenbahnen je 60 K, [illegible] (Sammlung) 40 K, Eduard [illegible] (Sammlung) 36.40 K, Beamten des mag. Bezirksamtes [illegible] 37.80 K, Anna Riemer, Linz, 40 K, Hauptkassier [illegible], [illegible], Mag. R. Franz [illegible] je 30 K, Sammelbogen Nr. 7792 K 21.20, christl. [illegible] in Wien 30 K, [illegible], I. Bezirk, 25 K, [illegible] 23 K, [illegible], Direktor [illegible], [illegible], Kanzlei-Dir. [illegible], [illegible], Prof. Dr. Adam [illegible], Josef [illegible], [illegible] 5. Bez., [illegible], [illegible], Wirtschaftsrat Franz [illegible], [illegible] 21. Bezirk, Ing. E. Comanescu ([illegible]) je 20 K, [illegible] 21. Bezirk 23 K, [illegible] (Sammlung) 20.50 K, Franz Kreitner 15 K, [illegible] 12 K, Fr. Dr. Corsini 20 K, [illegible], Sammlung der Gemeinde [illegible] 14.10 K, [illegible], Norbert Reichert, Alois [illegible], Karl [illegible], Direktor [illegible], [illegible] je 10 K, [illegible] je 6 K, [illegible], [illegible] 2 K, ferner [illegible] Maria [illegible] 600 K, [illegible] 300 K und als Reinerträgnis eines [illegible] anläßlich des 50jährigen [illegible] 1951 K, [illegible] 200 K.

Der Entwurf der neuen Bauordnung. Nächsten Montag den 19. d. M. um ½ 10 Uhr vormittags wird im Gemeinderatssitzungssaale des neuen Rathauses die Enquete über den Entwurf der neuen Bauordnung fortgesetzt werden.

Das Deutschmeisterdenkmal und die Denkmalkunst in Wien. Unter diesem Titel erscheint soeben im Kommissionsverlag der Gemeinde Wien Gerlach & Wiedling eine Studie des Feldmarschalleutnants Franz Rieger, die zuerst als außerordentliche Beilage zu Nr. 1 des 30. Jahrganges der „Monatsblätter des Wissenschaftlichen Klubs in Wien" erschien. Der Verfasser stellte der Stadt Wien eine Anzahl von Sonderabdrücken für die Schulen zur Verfügung. Da die vorhandenen Exemplare der Studie, welche der Bezirksschulrat vom Standpunkte der Schulverwaltung aufs wärmste begrüßte, nicht ausreichen, alle Schüler- u. Bezirkslehrerbibliotheken zu beteilen, so entschloß sich der Wiener Stadtrat über Antrag des Bürgermeisters Dr. Neumayer durch die altbewährte Firma Gerlach & Wiedling eine Neuauflage herstellen zu lassen, die durch eine große Anzahl wohlgelungener Bilder ergänzt ist. Der Verfasser geht vom Deutschmeister-Denkmal aus, dem er eine außerordentlich liebevolle und eingehende Besprechung widmet u. betrachtet nun an der Hand der hier gesammelten Erfahrungen eine große Anzahl von Wiener Stein- und Erzbildern, um wieder zum Deutschmeister-Denkmal zurückzukehren. Er versteht es, den starren Bildern Sprache zu verleihen und sie mit seltener Poesie zu umkleiden. Er verteilt gerecht Lob und Tadel u. weiß dem letzteren eine milde und aufmunternde Form zu kleiden. Die Studie dürfte auch weitere Kreise interessieren, da sie mancherlei dankenswerte Anregungen enthält.

Bezirksvertretung Mariahilf. In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf beglückwünschte B. V. St. Dirnbacher den Vorsteher zu seiner glücklich überstandenen Operation.

B. R. [illegible] beantragte die Errichtung eines Spielplatzes für die Jugend auf den ehemaligen Schlachthausgründen. (Ang.)

Nach einem Berichte des B. R. [illegible] wurde beschlossen, ein Gesuch des militärisch organisierten Knabenhortes um Beistellung von Lokalitäten im Schulgebäude, 6. Bez. [illegible]gasse 10, zu befürworten.

Über eine Anfrage des B. R. [illegible] erklärte der Vorsteher, er habe die Pläne für das [illegible] gesehen, [illegible] und es handle sich jetzt nur darum, daß der Stadtrat, bezw. Gemeinderat [illegible] 600.000 K bis 400.000 K bewillige.

[illegible] [illegible] Mariahilferstraße [illegible] betreffen und schließlich beschließen, [illegible] an der Einmündung der [illegible]gasse in die Ringstraße und beim [illegible] aufzustellen.

Die Richtigstellung der Grundzinsertragsbekenntnisse. In einer der letzten Sitzungen des Gemeinderates brachte G. R. Josef Namtz in dieser jetzt viel besprochenen Angelegenheit nachstehenden Antrag ein:

Der hochgeschätzte Herr Bürgermeister wolle geneigt sein, der neuerlichen Praxis unserer k. k. Steueradministration, ganz besonders jener des 4., 5. und 10. Bezirkes bei der sogenannten Richtigstellung der Grundzinsertragsbekenntnisse seine volle Aufmerksamkeit widmen zu wollen und in Verfolg dieser Wahrnehmungen als Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- u. Residenzstadt Wien bei den hiezu berufenen höchsten und hohen k. k. Finanzbehörden wegen sofortiger Einstellung dieses Mißstandes mit voller Energie vorstellig werden zu wollen. Begründet wird dieser Mißstand im Antrag folgend: Die im Monate August d. J. eingebrachten Grundzinsertragsbekenntnisse werden seitens der hiezu berufenen k. k. Steuer-Administration einer gesetzlichen Richtigstellung unterzogen. Diese Richtigstellung hätte jedoch nichts Schädigendes für die Bevölkerung an sich, wenn diese so gehandhabt werden würde wie bisher, aber

statt einer Richtigstellung erfolgte in den meisten Fällen eine 30 bis 50%ige Erhöhung der Zinswerte. Gerade nun z. B. die Hausmeisterwohnungen und die kleinen Wohnungen, bestehend aus Zimmer und Küche, bzw. Zimmer, Kabinet und Küche, sowie die Arbeitsräume der Gewerbetreibenden in gleicher Größe, am härtesten getroffen, weil gerade die kleinen Wohnungen ohnehin schon verhältnismäßig höhere Zinse haben, als größere und umso weniger erhöht werden durften, als die kleinen Mieter kaum die bestehenden Zinse auf die Dauer ertragen werden können.

Mit einem Worte: diese Praxis der Steuerbehörden wird an den kleinen Gewerbetreibenden, dem Lehrer-, Beamten- & Arbeiterstande geübt.

Während nach dem Gesetze die nur im Steuergesetze zum Schutze der Bevölkerung geschaffen würde, überschreiten die staatlichen Behörden im gegebenen Falle ihre Befugnisse und schädigen dadurch die Gesamtheit im höchsten Maße, d. h. die Behörde protegiert die Wohnungsverteuerung.

Die Gemeinde Wien besitzt ebenfalls in allen Bezirken Häuser, in denen oft jahrelang Parteien um einen verhältnismäßig entsprechend niederen Mietzins wohnen. Der hochgeehrte Hr. Bürgermeister wolle daher auch aus diesem Grunde dieser Steuerpraxis an zuständiger Stelle vorstellig werden, damit nicht die langjährigen Mietparteien der Gemeinde Wien ebenfalls geschädigt werden.

Kann geleugnet werden, daß heute der Gewerbestand an entsprechenden preiswerten Werkstätten Not hat, wenn weiters erkannt wird, daß der Lehrer-, Beamten- u. Arbeiterstand eine ihren Verhältnissen entsprechende Wohnung zu einem annehmbaren Zinse nicht mehr erhalten kann, dann drängt sich unwillkürlich die Frage auf: Wozu werden auf der einen Seite unzählige Millionen Kronen für die Gewerbeförderung ausgegeben, wenn auf der anderen Seite dem Gewerbestande durch planlose Zinserhöhungen der Todesstoß versetzt wird?

Warum werden auf der einen Seite Wohlfahrtseinrichtungen, wie Suppenanstalten etc. geschaffen, wenn auf der anderen Seite der Bevölkerung nicht nur die Lebensmittelpreise, sondern auch die Wohnungszinse, letztere sogar von den staatlichen Behörden, in unbegründeter Weise in die Höhe getrieben werden?

Was nützt weiters unserem Volke eine Wohnungsfürsorge mit einem Aufwande von ca 400 Millionen Kronen, wenn auf der anderen Seite z. B. staatlicher Seite die bestehenden Zinse für die Wohnungen der Gewerbe- & Handelstreibenden, sowie der Festangestellten, ebenso die Arbeitsräume der Gewerbetreibenden, in jener unerreichten Höhe getrieben werden? Glaubt man bei den maßgebenden Behörden dadurch eine Gesundung der arbeitenden Bevölkerung zu erzielen oder gar dem Staatsschatz wesentlich zu nützen?

Niemals wird und kann dies zutreffen, denn unsere arbeitenden Stände müssen an Not und Entbehrung zugrunde gehen, wenn ihnen die Nahrung und selbst der bescheidenste Unterstand genommen wird.

Der Staatsschatz dagegen wird nicht erhöht werden können, aber was erhöht werden wird, das ist die Zahl der Gerichtsverhandlungen wegen Zinsrückständen, Delogierungen etc. sowie die Zahl der Steuerabschreibungen und endlich die maßlose Überfüllung der Spitäler durch das körperlich wie geistig entkräftete, arbeitende Volk.

Daher hinweg mit dieser Härte! Auf zu gesunden u. praktischen Reformen zum Wohle und zum Gedeihen aller Stände!

Der Gefertigte stellt daher die Anfrage: Was gedenkt der hochgeehrte Hr. Bürgermeister in dieser Angelegenheit zu tun, daß diese merkwürdige Steuer-Praxis, welche sowohl bei den Hausbesitzern als auch bei den Wohnparteien große Aufregung u. Erbitterung hervorgerufen hat, rückgängig gemacht wird?

—